

14.04

**Bundesrat Ing. Bernhard Rösch** (FPÖ, Wien): Wertes Präsidium! Sehr geehrter Herr Minister! Kanzler Kern hat in seiner Eingangsrede schon ähnliche Themen gestreift, steigende Arbeitslosigkeit testiert, 6 Prozent Reallohnverlust testiert und festgestellt, dass das BIP auch ganz maßgeblich von Flüchtlingen beeinflusst wird, da deren Bedürfnisse befriedigt werden müssen.

Das zeigt uns, dass wir die letzten Jahrzehnte über die Chancen, die Europäische Union zusammenzuführen, verschlafen haben. Gitti Ederer hat damals, als wir beigetreten sind, gesagt, dass wir, wenn der Arbeitsmarkt geöffnet wird, 80 Prozent des Lohn- und Sozialniveaus haben werden. Wir haben feststellen müssen, dass das nicht so ist. Der Druck, aus dem heraus wir diese Gesetze, die jetzt gerade verlesen wurden, alle ändern müssen, entsteht ganz einfach dadurch, dass im angrenzenden Ausland die Steuern niedriger sind, das Sozialniveau niedriger ist, Sozialabgaben und allgemeine Abgaben niedriger sind. Es gibt zum Beispiel keine U-Bahnsteuer oder sonst irgendetwas.

Wir haben in letzter Zeit erfahren müssen, dass es Lohn- und Sozialdumping gibt. Die einen können es sich mit Tochtergesellschaften richten, mit denen man das auf legalem Weg regeln kann. Darauf versuchen die jetzt zu beschließenden Gesetze besser abzielen. Damit wird deren Durchsetzbarkeit einfacher, das sehe ich schon. Insgesamt wird es aber sicherlich nicht einfach, denn bei Gerichtsverhandlungen zum Beispiel braucht man Dolmetscher, und zudem bleibt man darauf angewiesen, dass auch in der Gesetzgebung der jeweiligen Länder die Verfolgbarkeit konstatiert wird.

Man muss das Ganze jedoch auch in einem weiteren Zusammenhang sehen; man muss es wirtschaftlich betrachten. Man kann das also nicht nur im Lichte der Gesetze, die der Punkt 5 beinhaltet, tun, sondern man muss sich auch fragen, warum das so ist.

Ziel jeglichen Wirtschaftens ist es, Gewinne zu erzielen; das kann man niemandem übel nehmen. So gehen natürlich viele in unsere Nachbarstaaten und werden dabei zum Teil auch recht erfinderisch. Wir sehen zum Beispiel bei Ausschreibungen, dass die Billigstbieter selbst oft kaum Personal haben und sich alles über Firmen im Ausland holen beziehungsweise durch die Beschäftigung von Leiharbeitern. Die Vorgänge in Sub-Sub-Sub-Firmen, die gang und gäbe sind, nachzuvollziehen ist nahezu unmöglich.

Wenn ich mir die 500 FinPol-Beamten vor Augen halte, die ganz Österreich beackern und schauen sollen, dass die Gesetze eingehalten werden, dann weiß ich, dass das schon allein deswegen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wenn wir nicht mehr Personal

bekommen, das den Firmen in dem Bereich wirklich auf die Finger klopft, dann wird das einfach nicht geschehen. Bei Ausschreibungen wollen natürlich alle Firmen mitmachen, und wenn die ersten mit irgendwelchen Tricks durchgekommen sind, dann sind die anderen auch dazu gezwungen. Es ist ja nicht so, dass man die Wirtschaft als böse hinstellen möchte. Wenn allerdings die Rahmenbedingungen so sind, dass man überall wildern kann, dann wird eben gewildert.

Auf unserem Arbeitsmarkt zeigen sich die Arbeitskräfteüberlassung, die EU-Entsendungen in einem Ungleichgewicht. Auf den Arbeitsmarkt wirkt sich natürlich auch aus, dass Drittstaatsangehörige aus den EU-Nachbarstaaten zu uns kommen.

Da habe ich irgendwo die Zahlen dazu. *(Der Redner blättert in seinen Unterlagen und findet die gesuchte schließlich.)* Ja! – 2015 haben wir in 56 Bereichen grenzüberschreitende Tätigkeiten verzeichnet, 19 400 allein im Bausektor. Mir ist da wichtig, zu erwähnen, dass es über 19 000 grenzüberschreitende Tätigkeiten trotz einer 25-prozentigen Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe gibt, und das, obwohl wir wissen, dass es in den Städten kaum noch oder gar keine Lehrplätze mehr für das Bau- und Baunebengewerbe gibt. Vom AMS kann, wenn man dort anfragt und einen entsprechenden Beruf ergreifen will, nichts mehr angeboten werden, weil sich jetzt ganz speziell auch das Baugewerbe und Baunebengewerbe der günstigeren Firmen im Ausland bedient. Da muss einfach gehandelt werden. Dabei geht es nicht nur darum, bestehende Gesetze zu verschärfen, sondern auch darum, dass man dem Zuzug Einhalt gebietet.

Wir beobachten auch, dass Dienstleistungen, die wir in Österreich benötigen – und dadurch kommt der Markt auch ordentlich unter Druck –, aufgrund der Sozialabgaben bei uns und der günstigeren Steuern im Ausland dort erbracht werden. Sogar die Versicherungen, große, größte Versicherungen in Österreich lassen bereits die Unfallversicherungs- und die Krankenversicherungsverträge in Nitra abrechnen, denn dort kostet ein Doppelakademiker 500 €, 600 €, in Ungarn überhaupt nur 350 € bis 450 €. Da macht Auslagerung natürlich Sinn, und in Österreich haben die Arbeitnehmer dann das Nachsehen. Da müssen wir unbedingt etwas tun, damit wir dem nachkommen, was Gitti Ederer bei unserem Eintritt in die Europäische Union in Aussicht gestellt hat.

Man darf das nicht nur einseitig sehen, wenn wir diese Zahlen berechnen und angesichts von 500 000 Arbeitslosen draufkommen, dass wir weit über 500 000 kommen, wenn wir auch die Österreicher im Ausland, die dort erfolgreich tätig sind, hinzurechnen; bei manchen guten Forschern, die gute Forschungsaufträge im Ausland

bekommen und dann für uns leider Gottes auch weg sind, schmerzt das durchaus auch ein wenig. Es sind aber natürlich auch sehr viele im Dienstleistungsbereich tätig, und gerade im Export – wie wir gehört haben, lebt Österreich ja vom Export – brauchen wir natürlich Leute, die da draußen vor Ort sind und verkaufen.

Eine Schieflage ist jedoch unverkennbar, und Österreich ist ganz einfach aufgefordert, etwas zu tun, und man hat ja auch schon etwas getan. Im Burgenland hat man das schon gesehen. Wenn man 350 € bis 450 € im Monat verdient, sagen sich natürlich sehr viele Menschen dort: Dann gehe ich lieber gleich nach Österreich rüber, arbeite dort einen Tag statt ein ganzes Monat für dieses Geld – das ist jetzt ein bisschen übertrieben –, bekomme auch noch Kinderbeihilfe und natürlich auch das Krankenversicherungssystem zur Verfügung gestellt.

Das verstehe ich alles, aber es kann, wenn das so weitergeht, nicht funktionieren. Wir werden eine faire Partnerschaft zwischen den Staaten Europas brauchen, damit das Vertrauen in den Arbeitsmarkt wieder steigt und die einzelnen Volkswirtschaften wieder wachsen.

Landeshauptmann Niessl und Werner Muhm haben ja auch eine entsprechende Resolution zu diesen Arbeitsmarktproblemen vorgelegt und gesagt, dass wir zusätzlich zu gesetzlichen Verschärfungen, wenn es gar nicht mehr anders geht, dann natürlich auch sektorale Schließungen brauchen werden. Wir erinnern uns, wir haben ja damals Übergangsbestimmungen erwirkt, weil die Europäische Union, die wir ja in Wirklichkeit alle sind, gemerkt hat, dass da eine Schieflage entsteht, die man so einfach nicht stemmen kann. Und wenn man bei 500 000 Arbeitslosen in Österreich angelangt ist, dann muss man reagieren und dann muss man sagen, dass man gewisse Privilegien zurücknimmt, bis sich die wirtschaftliche Lage in allen Staaten soweit stabilisiert hat, dass das Ganze besser funktioniert. Wir wollen da niemanden unbedingt ausgrenzen, aber das Zusammenwachsen muss einfach auch ein bisschen entlang von Leitschienen erfolgen. Das nicht zu beachten, wäre unverantwortlich von den Politikern, die für das eigene Land tätig zu sein haben. Sie müssen in der Europäischen Union deutlich machen, dass wir das brauchen. Die Übergangsbestimmungen sind ausgelaufen; die Bedingungen haben sich jedoch nicht geändert. Wir werden also sektorale temporäre Grenzschließungen brauchen. Deswegen bringen wir heute auch zusätzlich einen Entschließungsantrag der freiheitlichen Bundesräte ein:

### Entschließungsantrag

der Bundesräte Rösch, Mühlwerth und weiterer Bundesräte betreffend Änderung der Entsenderichtlinie

„Die Bundesregierung wird aufgefordert:

Den Vorschlag COM (2016) 128 final zur Änderung der Entsenderichtlinie 96/71/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringungen von Dienstleistungen, eine klare Absage zu erteilen und

sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Nationalstaaten ermächtigt werden, eine sektorale Schließung des Arbeitsmarktes gegenüber Bürgern anderer EU-Staaten zu veranlassen.“

\*\*\*\*\*

Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

14.15

**Präsident Josef Saller:** Der von den Bundesräten Ing. Rösch, Kolleginnen und Kollegen eingebrachte Entschließungsantrag betreffend Änderung der Entsenderichtlinie ist genügend unterstützt und steht demnach mit in Verhandlung. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Anderl. – Bitte, Frau Bundesrätin.